

QUOTE UND EURO

Merkel zahlt hohen Preis

Michael Inacker sieht in der Art der Einigung in Berlin ein Risiko für die Kanzlerin.



In der Wichtigkeitskala von Angela Merkel waren die beiden Bundestagsabstimmungen zu Zypern und Frauenquote eigentlich als Selbstläufer eingestuft. Merkels normalerweise verfolgte und in der Euro-Rettung erfolgreiche Methode, die Dinge ein wenig treiben zu lassen und sich dann irgendwie durchzu-

wursteln, ist zumindest bei diesen beiden Themen an ihre Grenze gestoßen.

Denn die Kanzlerin - und vor allem die CDU-Vorsitzende - hat für diese Kompromisse einen hohen Preis bezahlt. Im Falle der Frauenquote ist weniger der Inhalt Anlass zur parteiinternen Verbitterung als die „Methode von der Leyen“. Die Arbeits- und Sozialministerin, die sich als Nachfolgerin von Norbert Blüm und Schattenkanzlerin sieht, hat mit der Drohung, für den Frauenquoten-Antrag der rot-grünen Opposition zu stimmen, Merkel erpresst. Und sie war erfolgreich: Auch die Union schreibt jetzt eine gesetzliche Quote ins Wahlprogramm. Merkel wirkte erstmals hilflos gegenüber einer internen Machtströmung. Normalerweise hätte sie eine illoyale Ministerin feuern müssen - so wie sie es mit ihrem einstigen Umweltminister Norbert Röttgen gemacht hat.

Mit ihrem Langmut gegenüber der sozialpolitischen Wiederholungstäterin von der Leyen erweckt Merkel aber einmal mehr den Eindruck, dass sie einseitig den linken Parteiflügel stärkt, während die bürgerlich-konservativen Kräfte regelmäßig unterliegen. Diese Einseitigkeit verstärkt den Frust und kann - zusammen mit Abwanderungen zur Konkurrenz der „Alternative für Deutschland“ - die Stimmen kosten, die aus einem Kopf-an-Kopf-Rennen der Lager Sieg oder Niederlage machen.

Bei Zypern verstehen viele Menschen ohnehin kaum noch die Logik. Das ist einerseits gut für Merkel, andererseits aber wachsen bei vielen die Zweifel über immer neue Rettungspakete, die notwendig seien, weil ansonsten angeblich die Stabilität der ganzen Euro-Zone gefährdet sei. Man kann am Ende der Logik der Euro-Stabilisierung folgen. Aber es sollten doch zumindest einmal vom Rettungsduo Merkel-Schäuble die Sorgen der deutschen Steuerzahler ernst genommen und der Widerspruch, dass die laut Europäischer Zentralbank ärmeren Deutschen die wohlhabenderen Südländer permanent raushauen, angesprochen werden.

Die gefundenen Deals bei Quote und Euro sind die typischen Berliner Kompromisse. Die Einigung und die Art ihres Zustandekommens sind nur noch Selbstzweck oder Taktik, um den inner- und außerparteilichen Gegnern die Show zu stehlen.

Genau dieses Vorgehen ist Wasser auf die Mühlen der „Alternative für Deutschland“ (AfD), deren treibende Köpfe man nicht einfach als Ewiggestrige abtun kann. In der Union wird sorgenvoll registriert, wie sich die AfD-Veranstaltungen - selbst in der Provinz - mit Tausenden von Zuhörern füllen. Das sind keine Nazi-Spinner, sondern das ist die bürgerliche Mittelschicht. Wer die verliert, kann in Deutschland keine Wahl gewinnen.

Der Autor ist stellvertretender Chefredakteur und Leiter des Hauptstadtbüros. Sie erreichen ihn unter: inacker@handelsblatt.com

WORTE DES TAGES

dpa



„Warum nicht gleich noch ein Mindestlohn für das Jahr 2090? Das ist Heuchelei. Das ist Volksverdummung, was hier stattfindet.“

Frank-Walter Steinmeier, SPD-Fraktionschef, im Bundestag zur Absichtserklärung von CDU/CSU, ab dem Jahr 2020 eine 30-prozentige Frauenquote in Aufsichtsräten einzuführen

LEITARTIKEL

Jagd auf den falschen Schuldigen

Die Fokussierung auf die Staatsschulden führt in die Irre, warnt Norbert Häring.



Europa steht bei den Wirtschaftsgipfeln in Washington am Pranger. Die USA werfen uns vor, nicht genug für das Wirtschaftswachstum zu tun. Dagegen haben Euro-Gruppen-Präsident Jeroen Dijsselbloem, Währungskommissar Olli Rehn, EZB-Direktoriumsmitglied Jörg Asmussen, der Chef des Rettungsschirms ESM, Klaus Regling, und der Präsident der Europäischen Investitionsbank, Werner Hoyer, jetzt gemeinsam in der „New York Times“ eine Vorwärtsverteidigung eingeleitet.

Der Inhalt dieses Textes zeigt deutlich, woran die Wirtschaftspolitik in Europa krankt: an einer kontraproduktiven Konzentration auf einen Problembereich, der eher Symptom als Ursache der Krise ist - die Staatsschulden.

Dass Deutschland derzeit so gut dasteht, weil es geringere Staatsschulden angehäuft habe, ist ein Märchen. Die deutsche Schuldenquote war bei Ausbruch der Krise um die Hälfte höher als die spanische, der Abstand zu Irland war noch größer. Dass Europas Wirtschaftspolitiker und Technokraten durch die Ausgabenkürzungen der Mitgliedstaaten „die Basis unserer Währung gestärkt und die Nachhaltigkeit unserer Wirtschaften verbessert haben“, wie die Autoren schreiben, ist eine beinahe absurde Behauptung. Die Arbeitslosigkeit im Euro-Raum ist auf Rekordniveau, Tendenz weiter steigend. In einer ganzen Reihe von Ländern liegt sie weit jenseits von dem, was man in den letzten knapp 80 Jahren in Industrieländern gesehen hat. Doch in der Bestandsaufnahme von Europas wichtigsten wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern kommt die Arbeitslosigkeit nur als Nebensatz vor, als Kollateralschaden einer angeblich alternativlosen Politik.

Vergleicht man, wie die großen Währungsräume USA, Japan und Euro-Raum mit der Finanzkrise umgegangen sind, so schneidet Europa sehr schlecht ab. Obwohl es bei Beginn dieser Krise kein nennenswertes Ungleichgewicht im Handel mit dem Rest der Welt gab und die Lage der öffentlichen Finanzen im Durchschnitt nicht schlecht war, steckt der Euro-Raum wirtschaftlich nun in weitaus größeren Schwierigkeiten. Schuld daran ist unter anderem die obsessive Fokussierung auf die Staatsschuld.

Zu hohe Schulden sind ein Problem, aber es beschränkt sich nicht auf die Staatsschuld. Im Gegenteil: In manchen Situationen kann ein Anstieg der Staatsschuld ein unvermeidliches Übel sein. Dann nämlich, wenn Unternehmen, Haushalte und Banken feststellen, dass sie zu hohe Schulden haben, und versuchen, durch Sparen ihre Schulden zurückzuzahlen. Wenn der Staat dies gleichzeitig auch versucht, ist niemand mehr als Gegenpart da, der bereit wäre zu sparen. Dann versuchen zwar alle zu sparen, aber es gelingt keinem, weil die Nachfrage einbricht und damit die Einkommen sinken. Das ist die Ursache für die Abwärtsspirale, in

die eine verfehlte Wirtschaftspolitik weite Teile des Euro-Raums gestürzt hat.

Der einzige theoretisch mögliche Ausweg wäre als fünfter Sektor das Ausland. Dazu müssten starke Nationen, wie zum Beispiel Deutschland, bereit sein zu entsparen, also dazu, ihre Forderungen an das Ausland abzubauen. Geschehen könnte dies beispielsweise durch einen Forderungsverzicht oder eine Reduzierung des Exportüberschusses mit solchen Ländern. Dann könnten zum Beispiel in Spanien sowohl Haushalte als auch Unternehmen - und damit auch Banken und Staat - gleichzeitig ihre Verschuldung abbauen. Aber dazu sind unsere Entscheidungsträger erkennbar nicht bereit.

Sparen kann kein Selbstzweck sein. Nur weil ein Medikament schlecht schmeckt oder eine Behandlung wehtut, heißt das noch nicht, dass sie helfen - auch wenn es durchaus üblich ist, Medikamenten einen schlechten Geschmack zu geben, damit der Patient an die Heilwirkung glaubt. Die Probleme des Euro-Raums sind aber zu ernst, um sie dauerhaft mit der Placebowirkung harter Maßnahmen anzugehen.

Was würde helfen? Zunächst einmal eine ehrliche Ursachenanalyse. Wir erleben derzeit die Folgen einer geplatzten Kreditblase, von der die Kreditaufnahme des Staates nur ein relativ bescheidener Teil war. Den Hauptteil zum gegenwärtigen Schuldenüberhang steuerten die Banken, Unternehmen und Haushalte bei. Der massive Schuldenanstieg der Staaten seit 2008 ist Symptom des Platzens dieser Blase.

Was kann man tun? Die Krise nicht verschlimmern, indem man die Ausgabenkürzungen als Reaktion auf einbrechende Steuereinnahmen weiter verschärft. Überschuldung diagnostizieren und beheben, sowohl bei Mitgliedstaaten als auch bei Banken. Dafür Dogmen über Bord werfen, die eine effektive Krisenbekämpfung bisher verhindern. Dazu gehört das Dogma der EZB, dass sie kein Geld zur Sanierung von Banken geben dürfe. Warum? Weil den Krisenstaaten das zu schlicht das Geld fehlt.

Die US-Notenbank hat ihre Banken schnell saniert, indem sie ihnen problematische Wertpapiere zu guten Preisen abgekauft hat. Im Nachhinein hat sie das nicht einmal Geld gekostet. Die kleinkindliche Aufrechterhaltung, dass dann aber im Euro-Raum das eine Land mehr von der Geldspritze der EZB profitiert als das andere, sollte nicht dazu führen, dass wir schließlich alle Verlierer sind und die Währungsunion auseinanderfliegt. Und schließlich: Ohne dass Deutschland bereit ist, einen deutlich sinkenden Handelsüberschuss in Kauf zu nehmen, werden die bereits hoch bei uns verschuldeten Südländer ihre Schulden nie zurückzahlen können. Die unerbittlichen Gesetze der doppelten Buchführung vereiteln das.

Der Autor ist Ökonomie-Korrespondent in Frankfurt. Sie erreichen ihn unter: haering@handelsblatt.com

„Wenn wir Zypern nicht helfen, steht Zypern unausweichlich vor dem Staatsbankrott.“

Wolfgang Schäuble, Bundesfinanzminister

„Alles liegt in den Händen Großbritanniens.“

Rafael Correa, Präsident von Ekuador, hält am Asyl für Wikileaks-Gründer Julian Assange in der Londoner Botschaft seines Landes fest, bis dieser freies Geleit erhält.



GASTKOMMENTAR

Alles neu macht die Krise

Spanien braucht Wirtschaftswachstum, um seine Bankenkrise endgültig zu überwinden. Zwar ist ein großer Teil der Arbeit schon getan. Im Zuge des Konsolidierungsprozesses sind von mehr als 50 spanischen Finanzinstitutionen weniger als 15 relevante Kreditinstitute übrig geblieben. Seit 2008 hat sich die Zahl von Bankfilialen um 15 Prozent reduziert. Dieser Prozess geht weiter. Ich gehe davon aus, dass die Kapazität in den nächsten 24 Monaten um weitere 15 bis 20 Prozent reduziert wird.

Alle Banken verfolgen zudem aggressive Kostensenkungspläne, einschließlich massiver Personalkürzungen. Allein die bereits verkündeten Kürzungspläne treffen mehr als 10 000 Arbeitsplätze. Dabei gehören die großen Banken wie BBVA oder Santander schon jetzt zu den kosteneffizientesten Banken weltweit. Die Regierung hat außerdem letztes Jahr mit neuen Gesetzesauflagen das Niveau der Rücklagen den tatsächlich erwarteten Verlusten im Bereich der Immobilienkredite angepasst. Um die gesetzlichen Mindeststandards zu erfüllen, brauchten einige Institute, ausschließlich aus dem früheren Sparkassensektor, staatliche Kapitalhilfen in großem Umfang.

Allerdings haben sich die Zahlungsausfälle bisher auf die Kredite an Bau- und Immobilienfirmen konzentriert. Das größte Risiko für die Finanzinstitute ist, dass die Kreditqualität auch bei den Mittelstandskrediten außer Kontrolle gerät. Steigen die Zahlungsausfälle bei Unternehmenskrediten stark an, ist es durchaus möglich, dass einige der schwächeren Institute erneut Kapitalpritzen brauchen.

Ob es dazu kommt, ob der Mittelstand Kredite weiter bezahlen kann oder nicht, hängt nicht nur

In Spanien definiert sich das konsolidierte Bankgeschäft neu, erkennt Ricardo Wehrhahn.



vom guten Risikomanagement der Banken ab, sondern von der Konjunkturerwartung. Die makroökonomischen Prognosen deuten auf ein Negativwachstum in diesem Jahr zwischen 0,5 Prozent und 1,4 Prozent des BIP hin. Für 2014 wird ein positives Wachstum erwartet. Sollte das eintreffen, dann reicht die bisherige Risikovorsorge der Banken aus. Eine weitere Herausforderung ist die niedrige Rentabilität. Das betrifft nicht nur Spaniens Kreditinstitute. Die meisten europäischen Banken leiden darunter im derzeitigen Umfeld aus niedrigem Wachstum und niedrigen Zinsniveaus.

Die Bankkunden spüren bereits, dass Gebühren erhöht werden. Diese Tendenz wird sich fortsetzen. Die Zahlungsmittel sind schon jetzt eines der wichtigsten Produkte, um Profite zu generieren. Die traditionellen Einnahmen aus dem Intermediationsgeschäft werden erst wieder ansteigen, wenn die Banken erneut rentable Projekte und Industrien finanzieren.

Außerdem stellt der spanische Finanzsektor derzeit sein riesiges und teures Filialnetz infrage. Spanien hat die größte Filialdichte in Europa. Die Lösung besteht in Modellen, in denen traditionelle Kanäle in digitale integriert werden. Auch ist zu erwarten, dass der Bankensektor seine Preise weiter differenzieren wird. Die Zeit des „one size fits all“ ist vorbei. BBVA, La Caixa und Santander sind bei diesen innovativen Modellen führend. Das gesamte Modell des Bankgeschäfts wird derzeit neu definiert, und die großen spanischen Banken spielen dabei eine wichtige Rolle.

Der Autor ist Global Head of Retail Banking bei Roland Berger. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

WAFFENGESETZE

Der lange Kampf

Obama muss auf ein Umdenken in der US-Bevölkerung noch warten, meint Frank Wiebe.



seine eigenen Leute fest zu ihm gehalten haben. Letztlich ist auch einem Demokraten der Wähler näher als der Präsident.

Der Präsident hat das Massaker an einer Schule im Dezember genutzt, um mit dem Thema an die Öffentlichkeit zu gehen. Das war einerseits geschickt, es lässt sich mit Bildern und Geschichten leichter argumentieren als mit Zahlen. Andererseits hat er sich damit aber angreifbar gemacht. Seine Gegner weisen zu Recht darauf hin, dass es solche Amokläufe auch in Ländern mit strengeren Waffengesetzen gegeben hat.

Tatsächlich geht es nicht um Amokläufe, sondern um rund 30 000 Menschen, die in den USA pro Jahr durch Schusswaffen ums Leben kommen - ein Vielfaches der Opferzahl beim größten Terrorangriff der Geschichte am 11. September 2011. Rund zwei Drittel töten sich selbst. Waffen sind auch ohne verbrecherische Absicht gefährlich: für Menschen mit Depressionen, in der Hand von Kindern, bei extremen Ehrestreitigkeiten, bei Verwechslungen harmloser Menschen mit Einbrechern.

Der Vergleich mit fast allen Ländern, die sich nicht gerade im Bürgerkrieg befinden, zeigt: In den USA sind die Opferzahlen um ein Vielfaches höher, auch in Relation zur Bevölkerung. Abhilfe könnte daher nur ein komplettes Umdenken schaffen und buchstäblich eine Entwaffnung der Gesellschaft.

Die Gegner schärferer Gesetze versuchen jede Regelung zu verhindern. Sie fürchten, dass nach einer Einschränkung die nächste kommt. Diese Angst ist berechtigt: Nur eine wirklich durchgreifende Veränderung könnte vielen Menschen das Leben retten.

Sollten Obama und seine Mitstreiter sich also von dem Thema verabschieden? Hoffentlich nicht. Bestimmte Veränderungen müssen kommen, aber sie dauern unglaublich lange. Obama weiß das und hat sich auf einen solchen Kampf auch vorbereitet. Vielleicht bekommen die Amerikaner doch noch eher ein vernünftiges Waffengesetz als die Deutschen ein Tempolimit.

Der Autor ist Korrespondent in New York. Sie erreichen ihn unter: Wiebe@handelsblatt.com